

Die Bedeutung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und deren Sicherung

Axel Troost

MdB und Mitglied der Arbeitsgruppe
„Alternative Wirtschaftspolitik“

Vortrag auf der 90-Jahr-Feier des Bunten Hauses am 18.9.2015 in Bielefeld-Sennestadt

Die Herausforderung, ein gewerkschaftliches
Bildungs-Haus zu erhalten und ausbauen ...



Quelle: ver.di Bildungszentrum
"Das Bunte Haus"



... ist vergleichbar mit dem Erhalt und Ausbau unseres „Houses“ der öffentlichen Daseinsvorsorge

Man braucht:

1. eine **öffentliche bzw. gemeinnützige Institution**, die sich dazu in der Pflicht sieht bzw. den Auftrag hat
(hier ötv, ver.di ↔ dort Sozialstaat)
2. die nötigen **finanziellen Mittel**
(hier Gewerkschaftsbeiträge und NutzerInnenentgelte ↔ dort überwiegend Steuern)
3. bauliche **Maßnahmen nach Bedarf und zum Wohle der Nutzer** des Hauses
(hier für Bildungsgruppen ↔ dort für alle Bürger)

Zwei dauerhafte Gefahren für das „Haus“ der öffentlichen Daseinsvorsorge

1. **Entzug des Auftrags** (oder sogar **Verbot**) des weiteren Erhalts und Ausbaus des Hauses
 - Durch: Sozialstaats-Abbau, Privatisierung, „Vermarktlichung“ der Anbieter öffentlicher Güter und Dienstleistungen (TTIP), etc.
2. **Einschränkung des finanziellen Spielraums**
 - Durch: Steuersenkungen, Schuldenbremse, Fetisch „schwarze Null“, Festschreibung der Priorisierung anderer Ausgabenbereiche, etc.

Das **Ergebnis**:

→ Systematischer Verfall bzw. aktiver Abriss der öffentlichen Daseinsvorsorge



Quelle: ver.di Bayern

Gliederung des Vortrags

- ❖ Einkommens- und Vermögensentwicklung
- ❖ Ausweg Steuererhöhungen?
- ❖ Ausweg Staatsschulden?
- ❖ Unterinvestition und Infrastruktur-Verschleiß
- ❖ Das selbstverschuldete Dilemma und die aktuelle Diskussion um Auswege
- ❖ Herausforderungen für ver.di und Memo

Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland

Deutschland

- ist auf **Platz 2** der **Vermögensungleichheit** in EU (nach Österreich)
- hat einen **sinkenden Anteil an Arbeitseinkommen** (1980er 67%, 2000er 63%), das Kapital erhält immer mehr vom Kuchen
- bei Arbeitseinkommen darüber hinaus **zunehmende Lohnspreizung**:
 - Untere 10% der Einkommen inflationsbereinigt gesunken (2000-2005 minus 2%, 2005-2010 minus 6%)
 - Obere 10% der Einkommen gestiegen
 - Exportindustrie zahlt Festangestellte gut, Dienstleistungslöhne stagnieren
- ist auf **Platz 4** bei **Lohndifferenz** zwischen Frauen Männern (22%)
- **zunehmende Prekäre Arbeit**
 - 2014 sind 39% in Teilzeit, Minijobs oder Leiharbeit
 - in Autoindustrie bereits 50% Werkvertrag oder Leiharbeit

Einkommens- und Vermögensentwicklung in der EU

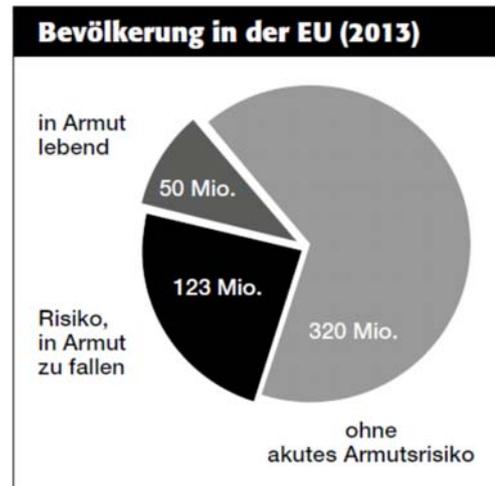
Armut:

- 50 Millionen Menschen in der EU leben bereits in Armut
- 123 Millionen (25%) sind von Armut bedroht (in Deutschland: 2005 noch 12%, 2013 schon 16%)

Reichtum:

- Das reichste 1% der EU besitzt 31% des Vermögens und damit mehr als die ärmsten 40% der Bevölkerung (in Deutschland: Nettovermögen Milliardäre von 2005 noch 214 Mrd. US-\$ auf 2013 schon 296 Mrd. US-\$)

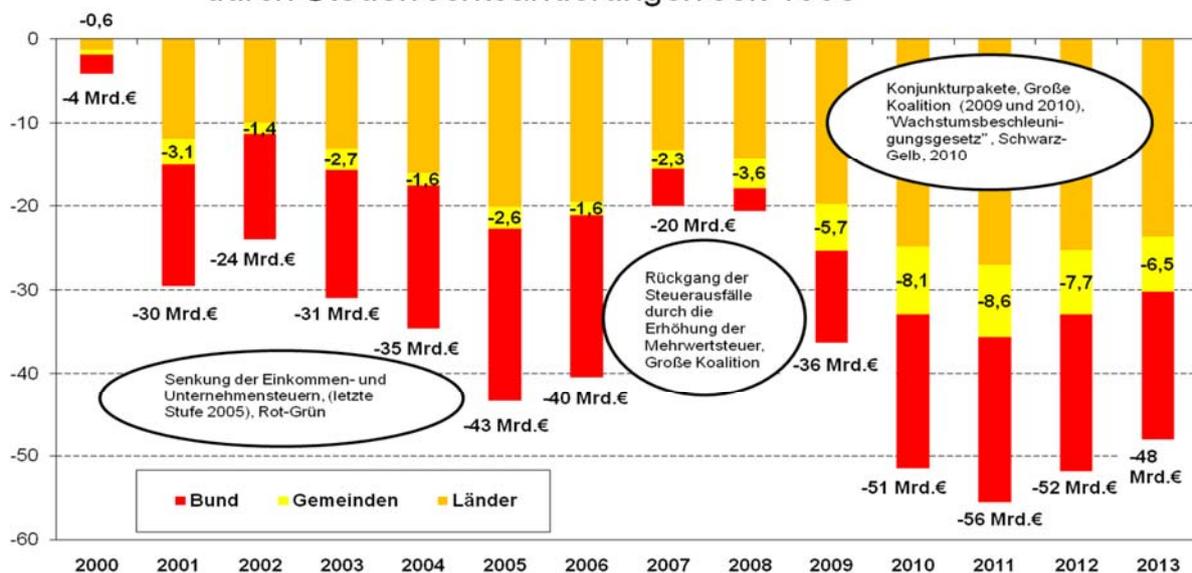
→ Tendenz steigend



Quelle: W&E-Hintergrund, September 2015

Steuersenkungen als Einnahmeproblem

Einnahmeausfälle für Bund, Länder und Gemeinden durch Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

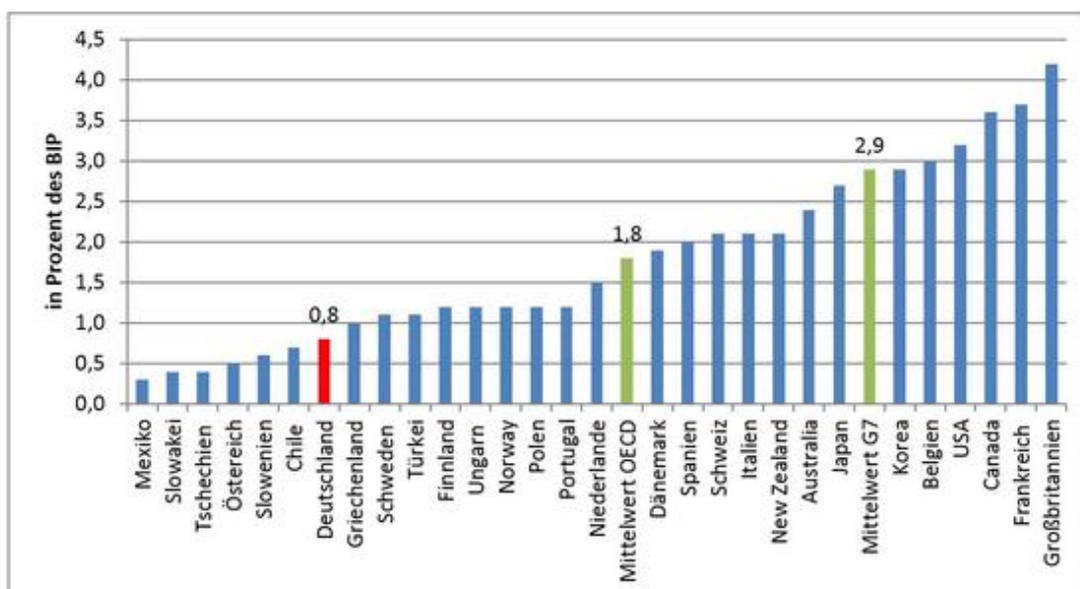
Steuersystem: Aktuell ungenügende Bremsung der Auseinanderentwicklung

- Einkommens- und Vermögensteuern könnten ausreichend progressiv gestaltet werden:**
 - Schweden und Dänemark mit 44% bzw. 48% Steuerquote am BIP, vor allem Einkommen
 - In Portugal und Griechenland Steuerquote ca. 6 Punkte unter EU-Schnitt von 39,4%
- Konsumsteuern wirken regressiv, weil vor allem Arme den überwiegenden Teil ihres Einkommens im Inland konsumieren müssen:**
 - In Spanien 90% aller Steuern aus Arbeitseinkommen und Konsum, der Unternehmenssteuer-Anteil nur 2% und regressiv gestaltet
 - In den meisten Krisenländern Mehrwertsteuer-Erhöhungen, Besteuerung der Spitzeneinkommen blieb konstant
- Unternehmensbesteuerung ist lückenhaft und regressiv gestaltet:**
 - über 1 Billion Euro entgangene Einnahmen für EU-Staaten durch nach wie vor nur unzureichend unterbundene Steuervermeidung und -flucht vor allem großer Konzerne in der EU

Quelle: W&E-Hintergrund, September 2015

Vermögen: Deutschland besteuert extrem niedrig

Vermögensbezogene Steuern im internationalen Vergleich im Jahr 2010



Deutschland: Grundsteuer, Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Vermögensteuer (nicht mehr erhoben)
Für OECD und G7-Durchschnitt wurde jedes Land gleich stark gewichtet.

Quelle: OECD zitiert in Scholz und Truger, WSI-Gutachten zur Vermögensbesteuerung 2013.

Vielfältige Ursachen für unzureichende Besteuerung

Einfluss von Eliten auf Meinungsbildung und Politik zahlt sich aus:

- 120 Mio. Euro für **Finanzlobbyismus** in EU führt zu
- 1 Billion Schaden durch **Steuervermeidung** und -flucht in EU
- 2013 nur **2% Vertreter von Gewerkschaften, NGOs** etc. in Expertengruppen der EU-Kommission vertreten

Arme haben kaum Lobby, hier die Einschnitte:

- **Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge** und Privatisierungen gehen generell zulasten ärmerer Menschen
- **Vor allem Frauen** sind betroffen von Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor: Mehrheit der öffentlichen Angestellten; Leistungen für Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung; privat geleistete Pflegearbeit; Reservearmee; etc.
- **Zudem gezielte Austeritätspolitik** gegen die Schwächsten, da sie (gegenwärtig) weniger politischen Widerstand als Eliten aufbringen

Vermögen: aktuelle Erbschaftsteuerreform

Erbschaftsteuer gilt als leicht umgehbar („**Dummensteuer**“):

- 2012 in Deutschland ca. **250 Milliarden Euro** vererbt
- nur 4,3 Milliarden Euro Erbschaftsteuer eingenommen (weniger als **2% effektive Besteuerung!**)
- gerade Betriebsvermögen bleibt weitgehend unbesteuert, davon profitieren besonders große Erbschaften

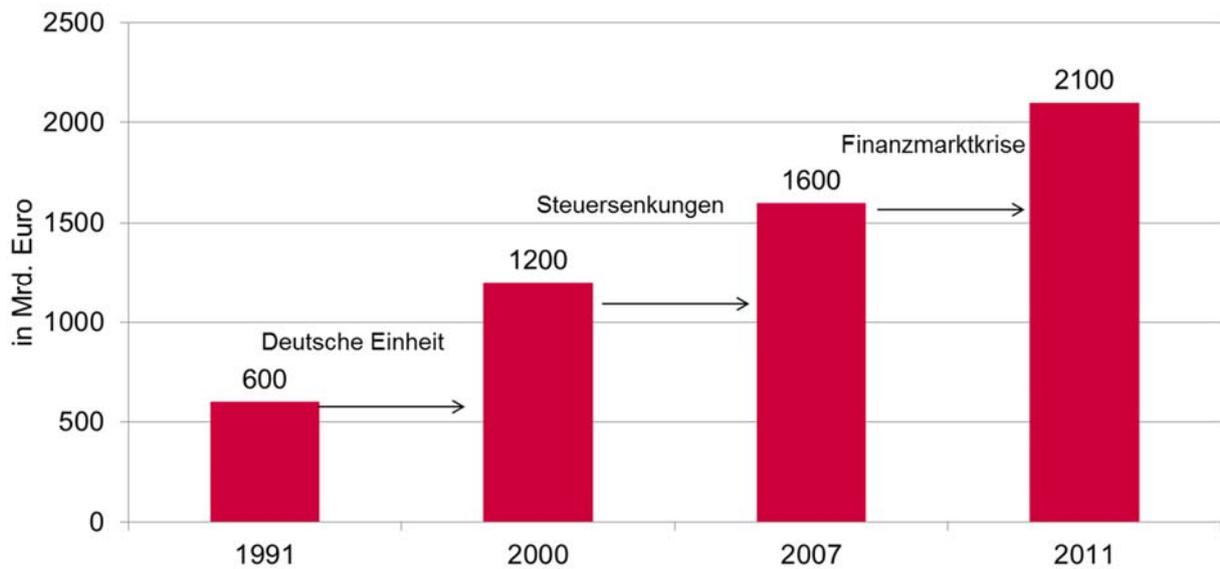
Reformbedarf:

- Erbschaftsteuer wegen **Begünstigung von Betriebsvermögen** verfassungswidrig (Urteil BVerfG, 17.12.2014)

Entwurf Schwarz-Rot weitgehend wirkungslos:

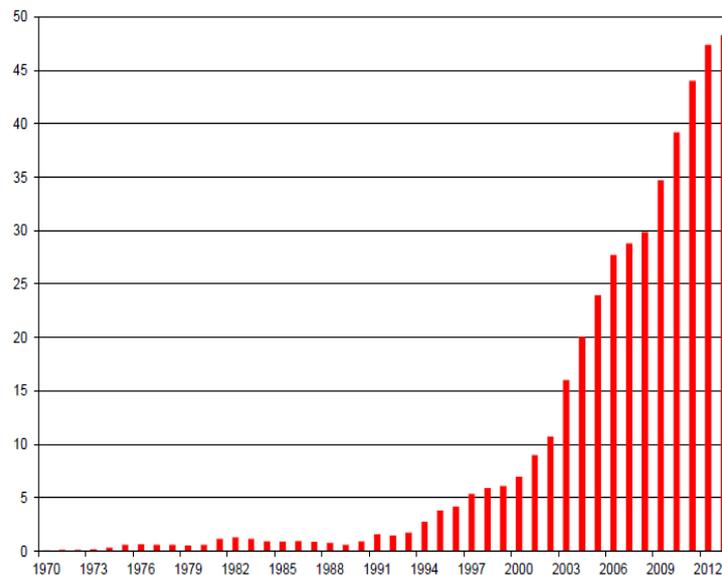
- **Fast alle (>99 Prozent!) Betriebsübergänge weiter von Erbschaftsteuer befreit**, wenn Lohnsummenregel eingehalten
- Für Restbetriebe weiter Möglichkeiten der (Teil-)Befreiung
- BMF kalkuliert Mehreinnahmen auf 200 Millionen Euro, aber selbst das ist fraglich

Nur erste „Schuldenwelle“ für Realinvestitionen



vielen Kommunen steht das Wasser bis zum Hals

Bestand an Kassenkrediten der Gemeinden und Gemeindeverbände
in Mrd. Euro



Quelle: Destatis, Fachserie 14, Reihe 5. Stichtag ist jeweils der 31.12. des Jahres. Änderungen bei der Abgrenzung 2006 und 2010.
2013: Fachserie 14, Reihe 2.

Schuldenregeln schränken Spielraum (künftig) ein

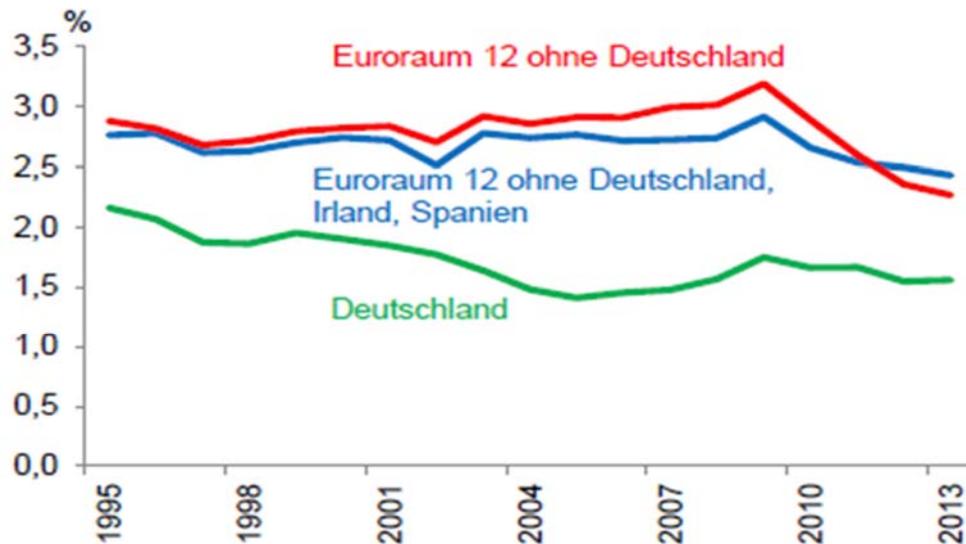
1. Nationale Schuldenbremse:
 - **Bund**: Ab 2016 nur noch 0,35% des BIP Neuverschuldung
 - **Länder**: Ab 2020 keine Neuverschuldung
2. Europäischer Fiskalpakt
 - 0,5% des BIP gesamtstaatliches **Defizit**
 - **Schuldenquote** zum BIP: 60%
3. Ideologische Ablehnung simpler ökonomischer Zusammenhänge:
 - „*Schulden für Investitionen*“ (**goldene Regel**)

Fatales Dogma „Schwarze Null“



Deutschland investiert wenig im EU-Vergleich

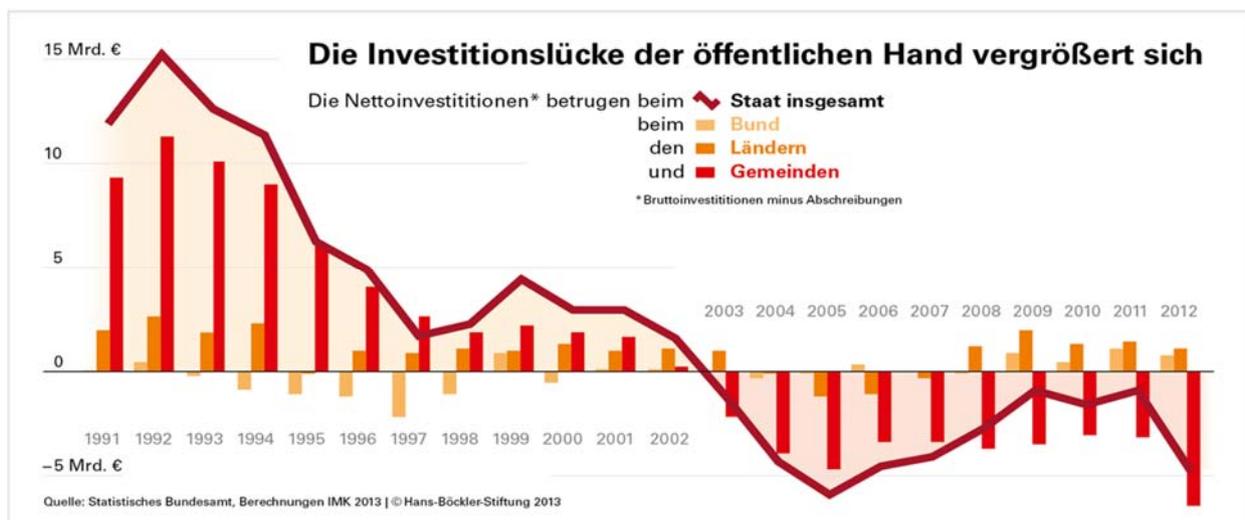
Öffentliche Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP:



Quelle: AMECO.

IMK

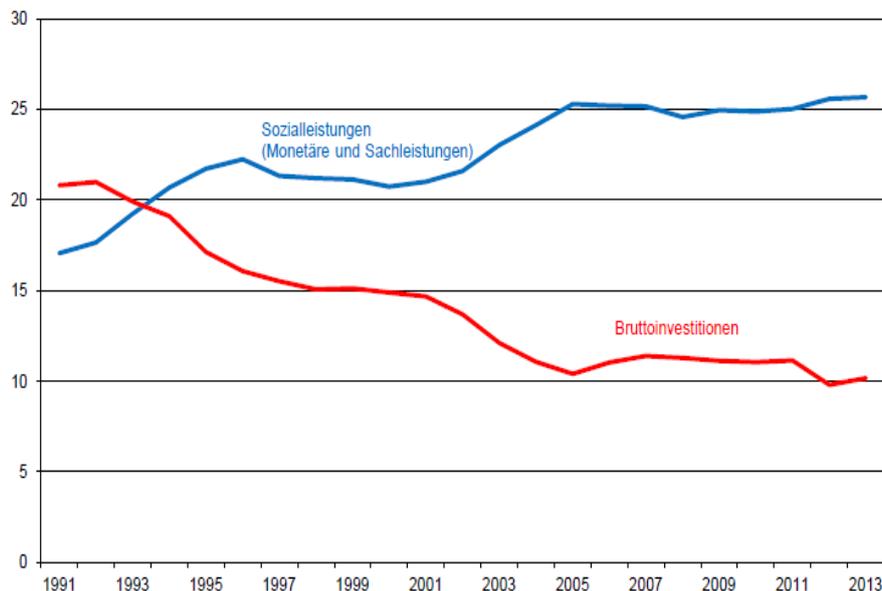
Seit 2003: Eine Republik fährt auf Verschleiß ...



- Seit 2003 insgesamt **negative Nettoinvestitionen**
- durchgehend hohes Defizit **vor allem bei Kommunen**

Kommunen müssen ansteigende Sozialleistungen stemmen – Investitionen werden aufgeschoben

Entwicklung von Sozialleistungen und Bruttoinvestitionen der Kommunen
% der Ausgaben



Quellen: Destatis; Berechnungen des IMK.



Aber: große gesellschaftliche Bedarfe

Laufende Kosten (zusätzlich nötig):

- Bildung: 45 Mrd. Euro jährlich
- Verkehr: 10 Mrd. Euro jährlich
- Sozialpolitischer Finanzierungsbedarf: 35 Mrd. Euro jährlich

Infrastrukturerhalt und Zukunftsinvestitionen (Nachholbedarf):

- Öffentliche Krankenhäuser: 50 Mrd. Euro
- Energetische Gebäudesanierung: 75 Mrd. Euro
- Kommunaler Investitionsstau: 118 Mrd. Euro

→ **Steuersenkungen und Schuldenregeln verhindern
Infrastruktur-Erhalt und Zukunftsinvestitionen !**

Zusammenfassung: Das selbstverschuldete Dilemma

Das „konservative“ Dilemma:

- a) einerseits **keine neuen Schulden**
- b) andererseits **keine höheren Steuern**
- c) aber **Infrastruktur zerfällt: Handlungsdruck!**

Süddeutsche Zeitung vom 16. September 2015

Die Flüchtlinge bringen die Schuldenbremse ins Wackeln. Tatsächlich ist eine Überarbeitung nötig - aber aus ganz anderen Gründen.

Kommentar von Guido Bohsem

„Die Schuldenbremse ist problematisch aus zwei Gründen.

Das erste Argument ist polit-ökonomisch motiviert und dient dazu, die Bevölkerung angesichts der steigenden Zahl der Asylbewerber bei Laune zu halten.

Die Schuldenbremse soll den Deutschen vermitteln, dass die Zuwanderung auch ohne materiellen Verzicht zu schaffen ist.

Im Klartext: Kein Schwimmbad, keine Bibliothek, keine Oper darf mit der Begründung geschlossen werden, das Geld werde für die Versorgung der Flüchtlinge gebraucht.

Fremdenfeindlichkeit und Populismus sollen so in Schach gehalten werden.

Das ist ein verständlicher, womöglich sogar kluger Impuls. Wenn aber das Sparen als Möglichkeit wegfällt, die zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren, bleiben nur noch zwei andere Wege, um den Andrang der Flüchtlinge zu finanzieren: höhere Steuern oder neue Kredite.

Die Union hat den Verzicht auf höhere Steuern und mehr Schulden zum großen Thema ihres Wahlkampfes gemacht und die Koalitionsverhandlungen in diesem Duktus geführt.

Glaut man Seehofer, wird sie sich im Zweifel für die höheren Schulden entscheiden. Kredite aufzunehmen, ist politisch einfacher. Die Steuerzahler spüren keine Belastung, und Meldungen über mehr Schulden würden wahrscheinlich hingenommen. Steuererhöhungen hingegen nicht.

Dabei ist Kritik an der Schuldenbremse aus einem anderen, zweiten Grund angebracht. Schon seit geraumer Zeit gibt es immer neue Versuche, die Regeln kunstfertig zu umgehen.

Augenfällig ist das bei dem Projekt der großen Koalition, Infrastrukturprojekte mit privaten Mitteln zu finanzieren, obwohl die Bundesrepublik das nötige Geld derzeit zu unschlagbar günstigen Konditionen aufnehmen kann.

Hier verhindert einzig und alleine die Schuldenbremse, dass die historische Gelegenheit für Investitionen ergriffen werden kann, während andere Nationen sparen müssen, um überhaupt ihre Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen.

Tatsächlich kann man die Flüchtlingskrise auch mit Schuldenbremse meistern. Denn diese lässt Verstöße gegen die Null-Kredit-Linie durchaus zu. Im Fall einer großen Naturkatastrophe oder einer unbeherrschbaren Notsituation dürfen neue Schulden gemacht werden.

Auf den Prüfstand gehört sie trotzdem - weil sie zu falschem Handeln verleitet.“

Die „neue“ Idee

Das Kapital, das bisher offiziell über Staatsschulden aufgenommen wurde, soll nun indirekt und wohl teurer über ÖPP oder ausgegliederte Infrastruktur-Gesellschaften eingeworben werden

➔ **„betteln“ um privates Kapital**

Privates Kapital sucht sichere und rentable Anlagen

- **Versicherer** haben **1,4 Billionen Euro Kapital** und aktuell ein **Anlageproblem**:
 - **Niedrige Wachstumsraten**, Eurokrise und unsichere Wirtschaftsaussichten schmälern Rendite bei erhöhtem Risiko
 - **Nullzinspolitik** und Ankauf Staatsanleihen durch Zentralbank senkt Rendite Staatsanleihen unter Garantiezins
 - **Regulierung** beschränkt die Handlungsmöglichkeiten der Versicherer (dürfen aktuell nicht direkt in Infrastrukturprojekte investieren)
- ➔ **Staatliche Infrastruktur** verspricht **lange Laufzeitung** und **relativ niedriges Ausfallrisiko**:
 - Forderung nach Freigabe zusätzlicher Investitions-Optionen
 - Überlegungen zu Standardisierung und Weiterentwicklung von ÖPP

Bedeutet das freie Fahrt für ÖPP und Privatisierung?

Was sind ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaften)?

- Dienstleistungsverträge zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen
- Private übernehmen temporär die öffentliche Güterversorgung und dazu zumeist Besitzrechte an öffentliche Infrastruktur
- Entgelt in Form von Nutzergebühren (+ oft staatliche Garantien)

Warum waren/sind ÖPP so beliebt?

- „*Markt-ist-immer-effizienter*“ Ideologie
- inoffizielle Umgehung Schuldenbremse und „schwarzer Null“

Was sind die Probleme von ÖPP & Co?

- **zumeist teurer** als konventionelle Bereitstellung (Pleiten, Finanzierungskosten, ineffiziente Bauweise, Anwaltskosten)
- Druck zu **unsozialer Nutzerfinanzierung** („Kopfpauschale“)
- Gesellschaft **verliert Kontrolle und Nutzungs-Flexibilität** über Infrastruktur („Quasi-Privatisierung“)

Aktuell: Infrastruktur-Kommission (Gabriel/Fratzscher)

Neue Vorschläge der Infrastruktur-Kommission:

1. Straßenbaugesellschaft mit Mautfinanzierung

- bester Fall: wie **österreichische „Asfinag“**: öffentlich, effizient, Jahrespauschale, relativ niedrige Finanzierungskosten (20jährige Anleihe < 3%)
- schlechtester Fall: wie **Frankreich**: privat, teuer, zerstückeltes Netz, Ausweichtendenzen, umständliche Bezahlung

2. Infrastrukturberatungsgesellschaft für Kommunen und öffentlicher Infrastrukturfonds zur Kapitalanlage

- **technisch noch unklar** (wie kommt Geld zu Kommunen?)
- **ungeklärte Rendite-Bedienung** eines Infrastrukturfonds bei kommunalen Projekten, bei denen Nutzerfinanzierung nicht möglich bzw. erwünscht ist (wie bedienen Kommunen die Rendite?)
- **eventuell drohender Autonomieverlust** für Kommunen (Projektauswahl, Durchführung, Zwangsausschreibung)

„Alternative Finanzierung“: mit Nebenwirkungen und nicht zum Nulltarif

1. Staatsanleihen oder Fonds beide mit privatem Kapital gespeist, zu **unterschiedlichen Kosten**:
 - 10 jährige Staatsanleihen: 0,93 Prozent
 - Infrastruktur-Fonds: voraussichtlich 3 - 4 Prozent (abhängig von Streuung, Staatsgarantie, Fonds-Einnahmen, etc.)
2. Gefahr der **Projektauswahl nach Rendite**:
Allianz, Münchner Rück & Co entscheiden, wo investiert wird:
 - bevorzugt in Kerninfrastruktur mit Nutzerfinanzierung
 - weniger in Kindergärten, Schulen, etc.
3. bei **Projekten ohne Nutzerfinanzierung**: ungeklärte Bedienung der Ansprüche eines Infrastrukturfonds (denn kommunale Verschuldungskapazität vielerorts erschöpft)

Herausforderungen für ver.di und Memo

- Breite Debatte über **gesellschaftliche Bedarfe**
→ Welchen öffentlichen Standard und Existenz-Minimum?
- Politische Auseinandersetzung über **Investitionen**
→ Investitionen, Daseinsfürsorge und Flüchtlinge dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!
- Ökonomische Aufklärung
→ zu **Kreditfinanzierung** von Investitionen, Verschuldungsspielräumen trotz Schuldenbremse, ungerechtes Steuersystem, etc.
- Politische Abwehr von **ÖPP / Privatisierungen**
- Suche nach **pragmatischen Wegen für linke Politikalternativen**
→ zur Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastrukturinvestitionen auch durch inoffizielle Umgehung der Schuldenbremse

... und für diese Debatten wird das
Bunte Haus als
Bildungs-Haus und
Diskussionsstätte
auch die nächsten 90 Jahre
gebraucht.

... daher herzlichen Glückwunsch
für die geleistete Arbeit ...



... und arbeiten wir weiter
gemeinsam an der Beseitigung der
Erkenntnis von Henry Ford:

**"Eigentlich ist es gut,
dass die Menschen der Nation
unser Banken- und Geldsystem
nicht verstehen. Würden sie es nämlich,
so hätten wir eine Revolution noch
vor morgen früh."**

Henry Ford